

## **Beschluss der Landessynode der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz vom 16. Mai 2009**

Angesichts der bevorstehenden Bundestags- und Landtagswahlen und mit Blick auf die bei den zurückliegenden Wahlen für die NPD, die DVU oder andere rechtsextreme Gruppierungen und Personen abgegebenen Stimmen macht sich die Landessynode den Aufruf der EKD-Synode vom 2. Mai 2009 zu Eigen:

»Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Aus den Kirchen in der DDR ist im Herbst 1989 die Forderung nach freien und geheimen Wahlen auf die Straßen und Plätze getragen worden. Heute haben wir in ganz Deutschland die Möglichkeit, an demokratischen Wahlen teilzunehmen. Diese Errungenschaft sollten wir nicht verkümmern lassen. Die Synode der EKD ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, ihr Stimmrecht zu nutzen.

Eine niedrige Wahlbeteiligung begünstigt den Einzug extremer Parteien in die Parlamente. Unsere Gesellschaft ist angewiesen auf ein breites bürgerschaftliches Engagement. Eine hohe Wahlbeteiligung ist wichtig für den Zusammenhalt der Bürgergesellschaft. Mit dem Gang ins Wahllokal zeigen wir unsere Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Wir bitten unsere Gemeindeglieder wählen zu gehen und mit ihrer Stimme diejenigen Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten zu stärken, die für die Menschenrechte und die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten.

Rechtsextreme Parteien wie insbesondere die NPD sind für Christinnen und Christen nicht wählbar. Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar. Sie widersprechen der biblischen Botschaft von Gott dem Schöpfer aller Menschen, sie stehen im Widerspruch zum Versöhnungshandeln Jesu Christi und missachten die jüdischen Wurzeln unseres Glaubens.

Es bleibt unsere Aufgabe, Demokratie zu stärken und zu gestalten.«